



Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Bericht gem. § 3 Abs. 5 COVID-19- FondsG

des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und
Konsumentenschutz an den zuständigen Ausschuss des Nationalrats über das
Kalenderjahr 2024 (Jänner bis Oktober 2024)

Wien, im Dezember 2024

COVID-19-FondsG-Berichterstattung

Berichtszeitraum: Jänner bis Oktober 2024

Der aktuelle Bericht stellt die laufende Vollzugsmeldung bis zum Oktober 2024 in der bewährten Form der tabellarischen Übersichten dar.

1. UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2024 18.000.000,00 € im Jahr 2021 2.000.000,00 € im Jahr 2022
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der Sonderrichtlinie „COVID-19-Armutsbekämpfung“ eingesetzt. Folgende Projektträger wurden insgesamt mit 19.687.017,04 € gefördert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Big Brothers Big Sisters Österreich • JUNO • FOOTPrint – Betreuung, Freiraum & Integration für Betroffene von Frauenhandel & Gewalt • Caritas Österreich • Neunerhaus – Hilfe für obdachlose Menschen • BAWO – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe • RepaNet – Re-Use- und Reparaturnetwerk • ABZ* Austria Verein zur Förderung von Arbeit, Bildung und Zukunft von Frauen • ISOP Innovative Sozialprojekte GmbH • Volkshilfe Solidarität • Fremde werden Freunde • Hilfswerk Österreich • Diakonie Eine Welt - Sozialministerium • Die Armutskonferenz • Verband der österreichischen Tafeln • Bundesgemeinschaft Freie Wohlfahrt <p>Bei den folgenden gemeinnützigen Organisationen, die im Jahr 2021 im Rahmen der ARR 2014 Förderungen erhalten haben,</p>

	<p>erfolgte nach Abrechnung im Jahr 2024 die Rückzahlung von nicht anerkannten Fördermitteln:</p> <ul style="list-style-type: none">BAWO- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe <p>Sämtliche Förderungen werden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf:</p> <ul style="list-style-type: none">Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19-Pandemie auf Kinder und JugendlicheMedizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 PandemieGewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 PandemieUnterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit <p>Gesetzliche Grundlage: Die Erstellung der Inhalte der Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ erfolgte auf Grundlage der zwischen dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz im Oktober 2020 geschlossenen Vereinbarung im Rahmen des COVID-19-Gesetz-Armut, wonach 20 Mio. € aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds für Projektförderungen an gemeinnützige Organisationen zur Milderung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf armuts- und ausgrenzungsgefährdete Personen verwendet werden sollen.</p>									
Materielle Auswirkungen	<p>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9 % der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.</p>									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 von den angeführten NGO's rücküberwiesen (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2024</td></tr><tr><td>Summe</td><td>-325.639,07</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">-325.639,07</td></tr></table>		Vormonate	Oktober 2024	Summe	-325.639,07	0,00	Gesamt	-325.639,07	
	Vormonate	Oktober 2024								
Summe	-325.639,07	0,00								
Gesamt	-325.639,07									

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2024 12.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der ARR 2014 eingesetzt. Folgende Projektträger wurden mit insgesamt 11.730.126,00 € gefördert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser • Pro mente Oberösterreich • Sindbad - Mentoring für Jugendliche Österreich • Theater der Unterdrückten • Verein Pat:innen für alle • Verein Kriseninterventionszentrum • AFYA – Verein zur interkulturellen Gesundheitsförderung • Gemeinsam - Verein Interkulturelle Arbeit • Bundesverband Österreichischer Psycholog:innen • Die möwe • Verein zur Förderung und Führung von Kindern-, Jugend- und Familiencamps • Verband der österreichischen Tafeln • ÖPA – Österreichische Plattform für alleinerziehende Mütter/Väter und ihre Kinder • FEM.A – Verein Feministische Alleinerzieherinnen • Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark • poika – Verein zur Förderung von gendersensibler Bubenarbeit in Erziehung und Unterricht • Die Armutskonferenz • Verein MAIZ, Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen • Institut für Konfliktforschung • Österreichischer Gewerkschaftsbund • Dachverband Männer-, Burschen-, und Väterarbeit Österreich (DMÖ) • Institut für Frauen- und Männergesundheit • "Wiener Frauenhäuser" - Soziale Hilfen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder • undok - Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender • ASB Schuldnerberatungen GmbH • Volkshilfe Solidarität • Verein Grow together. Für einen guten Start ins Leben • Verein zur Förderung der National Coalition – Netzwerk Kinderrechte Österreich

	<p>Sämtliche Förderungen wurden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche • Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern im Kontext der COVID-19 Pandemie • Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie • Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie • Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit <p>Die übrigen Mittel in Höhe von 269.874,00 € wurden für Werkverträge eingesetzt. Hierzu wird auf die Angaben zum nachfolgenden Ausgabenschwerpunkt verwiesen.</p> <p>Bei den folgenden gemeinnützigen Organisationen, die im Jahr 2021 im Rahmen der ARR 2014 Förderungen erhalten haben, erfolgte nach Abrechnung im Jahr 2024 die Rückzahlung von nicht anerkannten Fördermitteln:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dachverband Männer-, Burschen-, und Väterarbeit Österreich (DMÖ) • Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark • "Wiener Frauenhäuser" - Soziale Hilfen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder • ASB Schuldnerberatungen GmbH <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</p>
--	--

Materielle Auswirkungen	Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9 % der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 von den angeführten NGO's rücküberwiesen (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2024</td></tr><tr><td>Summe</td><td>-172.370,36</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">-172.370,36</td></tr></table>		Vormonate	Oktober 2024	Summe	-172.370,36	0,00	Gesamt	-172.370,36	
	Vormonate	Oktober 2024								
Summe	-172.370,36	0,00								
Gesamt	-172.370,36									

Titel	Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte (DB 21.01.04.00)									
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine veranschlagten Mittel im BFG 2024 20.000.000,00 € im Jahr 2022 ausbezahlt 16.700.000,00 € im Jahr 2023 rücküberwiesen									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>An Personen, die vor Ausbruch der COVID-Pandemie in mehr als einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis standen (§ 471f ASVG) oder fallweise beschäftigt waren (§ 33 Abs. 3 ASVG) und mit ihrem Gesamteinkommen über die monatliche Geringfügigkeitsgrenze kamen, wurden, als nachträglicher Ersatz für durch die COVID-19-Pandemie verursachte Einkommensausfälle, Förderungen aus dem Härtefallfonds ausgezahlt, sofern eine wirtschaftlich signifikante Bedrohung (Härtefall) vorlag.</p> <p>Die Dotierung erfolgte durch den COVID-19-Krisenbewältigungsfonds und die Abwicklung im Auftrag des BMSGPK durch die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz über die Errichtung eines Härtefallfonds (Härtefallfondsgesetz), BGBl. I Nr. 16/2020, idF BGBl. I Nr. 170/2022</p>									
Materielle Auswirkungen	Mit den Zuwendungen leistete der Bund einen Beitrag zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in einkommensschwachen Haushalten.									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Im Rahmen des Härtefallfonds wurde der WKÖ ein Betrag in Höhe von maximal 83.000.000 € aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für die Gewährung von Förderungen in Aussicht gestellt. Die erste Tranche in Höhe von 20.000.000 € wurde im September 2022 vom BMSGPK an die WKÖ ausgezahlt. Im Juni 2023 wurde durch die WKÖ ein Betrag in Höhe von 16.700.000 € an das BMSGPK zurückgezahlt.</p> <p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 rücküberwiesen (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2024</td></tr><tr><td>Summe</td><td>-155.477,56</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">-155.477,56</td></tr></table> <p>Die Endabrechnung des Programms wurde im September 2024 vorgenommen.</p>		Vormonate	Oktober 2024	Summe	-155.477,56	0,00	Gesamt	-155.477,56	
	Vormonate	Oktober 2024								
Summe	-155.477,56	0,00								
Gesamt	-155.477,56									

2. UG 24 - Gesundheit

Titel	Kosten Epidemiegesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	412.907.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 sind bestimmte klar definierte Kosten aus dem Bundesschatz zu bestreiten. Kostenersatzes gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950, im Zusammenhang mit COVID-19, wurden allen Bundesländern sowie der AGES gewährt. Die Vollziehung des Epidemiegesetzes erfolgt in den Bundesländern in mittelbarer Bundesverwaltung nach Art. 102 B-VG.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 COVID-19-ScreeningV (BGBl. II Nr. 142/2022)</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Kostenersatzes gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz sind im Berichtszeitraum gemäß folgender littera aus dem Bundesschatz bestritten worden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Kosten von Screeningprogrammen nach § 5a; b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen; d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17); f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohner:innen verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24); g) die Gebühren der Epidemieärzt:innen (§ 27); i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32); n) die Kosten für die Beauftragungen nach § 5 Abs. 4 und § 27a. <p>Kostenersatzes für die Ausstellung von Zertifikaten zum Nachweis der Durchführung eines Tests auf eine Infektion, einer überstandenen Infektion und einer Schutzimpfung gem. §§ 4b bis § 4e Epidemiegesetz 1950.</p> <p>Kostenersatzes für die Durchführung des Abwassermonitorings (Maßnahme nach § 5a Epidemiegesetz).</p> <p><u>Anmerkung:</u> Mit BGBl. I Nr. 69/2023 laufen die für die Pandemie relevanten Sonderregelungen des Epidemiegesetzes aus, wurden aufgehoben bzw. in Regelstrukturen übergeführt. Die Kostenersatzpflicht des Bundes für Sachverhalte die vor dem 30.06.2023 stattgefunden haben, bleibt weiterhin aufrecht.</p>

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes aufgrund des § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 getätigt (Beträge in €):		
		Vormonate	Oktober 2024
	§36(1) a Screeningprogramme	2.281.213,88	0,00
	§36(1) b Untersuchungen	5.476.029,50	544.250,00
	§36(1) d Absonderung v. Personen	2.592,00	0,00
	§36(1) f Verkehrseinschränkungen	0,00	0,00
	§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen	367.805,78	0,00
	§36(1) i Verdienstentgang	123.072.475,82	7.477.260,28
	§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	1.849.734,53	0,00
	Zertifikate Epidemiegesetz	0,00	0,00
	Sonst. Aufwendungen AGES	0,00	0,00
	Summe	133.049.851,51	8.021.510,28
	Gesamt	141.071.361,79	

Kosten Epidemiegesetz 2024

2024 - gesamt Epidemiegesetz

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2024												
(Beträge in €)												
Zahlungen gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberöstr.	Niederöstr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	Abwasser	Österreich
a) Screenings	177.496,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	93.560,20	0,00	895.697,02	-28.028,40	1.142.488,36	2.281.213,88
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	215.336,00	443.168,90	544.250,00	881.177,00	0,00	0,00	7.025,00	3.404.230,87	183.606,99	341.484,74	0,00	6.020.279,50
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.592,00	0,00	0,00	0,00	2.592,00
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
g) die Gebühren der Epidemieärzte (§ 27);	410.520,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-42.714,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	367.805,78
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	25.701.525,15	119.745,74	1.709.076,20	656.847,64	0,00	22.262.425,77	24.199.200,16	36.282.399,59	19.618.515,85	0,00	0,00	130.549.736,10
n) §27a Beauftragungen	0,00	0,00	1.224.904,02	0,00	0,00	624.830,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.849.734,53
Impfzertifikate Epidemiegesetz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
AGES sonstiger Aufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Zahlungen 2024	26.504.877,85	562.914,64	3.478.230,22	1.538.024,64	0,00	22.844.542,06	24.299.785,36	39.689.222,46	20.697.819,86	313.456,34	1.142.488,36	141.071.361,79

Titel	Umsetzung der 3G- Regelung (genesen, getestet und geimpft) durch Screening Portal „Österreich testet“, E-Impfpass und Grüner Pass (DB 24.01.01.00)																				
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	412.907.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)																				
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Um allen COVID-19 Getesteten, Genesenen und Geimpften eine rasche Rückkehr in den Alltag zu ermöglichen, wurde sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene ein einheitlich gestalteter Nachweis (Grüner Pass) geschaffen.</p> <p>Ebenso ist der E-Impfpass wesentlich an der Funktionsweise des Grünen Passes beteiligt.</p> <p>Als drittes Element in diesem Kontext ist auch der Betrieb des Screeningportal „Österreich testet“ anzuführen, um auch die getesteten Personen zu erfassen.</p> <p>Um eine Kompatibilität zwischen allen angeführten Systemen zu gewährleisten sowie die Ausfallsicherheit und die Anfragekapazitäten zu erhöhen, sind hier Aufwendungen in den Bereichen Entwicklung und IT Infrastruktur notwendig.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 und COVID-19-Maßnahmengesetz</p> <p><u>Anmerkung:</u> Mit BGBl I Nr. 69/2023 laufen die für die Pandemie relevanten Sonderregelungen des Epidemiegesetzes aus, wurden aufgehoben bzw. in Regelstrukturen übergeführt. Die Kostenersatzpflicht des Bundes für Sachverhalte die vor dem 30.06.2023 stattgefunden haben, bleibt weiterhin aufrecht.</p>																				
Materielle Auswirkungen	Betrieb des Grünen Passes zum Nachweis der Immunität gegen SARS-CoV 2.																				
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2024</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Österreich testet</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>e-Impfpass</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Grüner Pass</td><td>-114.687,52</td><td>0,00</td><td>-114.687,52</td></tr><tr><td>Summe</td><td>-114.687,52</td><td>0,00</td><td>-114.687,52</td></tr></table>		Vormonate	Oktober 2024	gesamt	Österreich testet	0,00	0,00	0,00	e-Impfpass	0,00	0,00	0,00	Grüner Pass	-114.687,52	0,00	-114.687,52	Summe	-114.687,52	0,00	-114.687,52
	Vormonate	Oktober 2024	gesamt																		
Österreich testet	0,00	0,00	0,00																		
e-Impfpass	0,00	0,00	0,00																		
Grüner Pass	-114.687,52	0,00	-114.687,52																		
Summe	-114.687,52	0,00	-114.687,52																		

Titel	Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	10.000.000,00 € veranschlagt (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Zweckzuschussgesetz und Impffinanzierungsgesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	Für bestimmte den Ländern entstandene und klar definierte, zusätzlich aufgrund der COVID-19-Krise entstandene Aufwendungen leistet der Bund einen Zweckzuschuss. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss an die Länder aufgrund der COVID-19-Krise (COVID-19-Zweckzuschussgesetz) zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 206/2022
Materielle Auswirkungen	Zweckzuschüsse nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz werden auf Antrag der Länder für nachfolgend genannte Kategorien gewährt: <ul style="list-style-type: none"> ◦ §1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung im Zeitraum März 2020 bis Dezember 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten für die telefonische Gesundheitsberatung unter der Rufnummer 1450 sowie für telefonische Gesundheitsberatungen mit gleicher Ausrichtung wie die Rufnummer 1450 im Zeitraum März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler im Zeitraum Dezember 2020 bis März 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 5 – Alle im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandenen Kosten, wie Infrastrukturkosten sowie Recruiting- und Schulungskosten im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1 Abs. 1 Z. 6 – für den administrativen Aufwand im Zusammenhang mit nach den Bestimmungen des § 5 und des § 5a Epidemiegesetz 1950 angeordneten und nach der Verordnung gemäß § 5a Epidemiegesetz 1950 durchzuführenden Testungen im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1a – Bevölkerungsweite Testungen bis 31. März 2022 <ul style="list-style-type: none"> ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten - §1a Z 2 ◦ davon Aufwandsentschädigungen, die von den Ländern und Gemeinden an nicht hauptberuflich tätige unterstützende Personen gewährt werden - §1a Z 5 ◦ §1b – Bevölkerungsweite Impfkationen bis Juni 2023 <ul style="list-style-type: none"> ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten- §1b Z 3 ◦ §1c – COVID-19-Tests in Apotheken, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 31. März 2022 ◦ §1d – Abgabe COVID-19-Selbsttests, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 30. Juni 2023

	<ul style="list-style-type: none">◦ §1e – Mehraufwand Rettungs- und Krankentransportdienste bis 31. Dezember 2022◦ §1f - Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)																																										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes gemäß COVID-19-Zweckzuschussgesetz getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><th></th><th>Vormonate</th><th>Oktober 2024</th></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung</td><td>-2.369.940,24</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche</td><td>877.873,59</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler</td><td>162.485,49</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen</td><td>1.825.048,91</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1a – Bevölkerungsweite Testungen</td><td>7.531.303,60</td><td>24.330,00</td></tr><tr><td>§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen</td><td>7.289.470,97</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen</td><td>-135.930,02</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>15.180.312,30</td><td>24.330,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">15.204.642,30</td></tr></table> <p>Zusätzlich sind zu diesen Beträgen 119.756,21 € an Kosten für die externe Prüfung der Abrechnungen der Länder durch die Buchhaltungsagentur des Bundes für das Jahr 2024 hinzuzurechnen.</p>		Vormonate	Oktober 2024	§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	-2.369.940,24	0,00	§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	877.873,59	0,00	§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	162.485,49	0,00	§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	0,00	0,00	§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	1.825.048,91	0,00	§1a – Bevölkerungsweite Testungen	7.531.303,60	24.330,00	§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen	7.289.470,97	0,00	§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00	§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00	§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	-135.930,02	0,00	§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	0,00	0,00	Summe	15.180.312,30	24.330,00	Gesamt	15.204.642,30	
	Vormonate	Oktober 2024																																									
§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	-2.369.940,24	0,00																																									
§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	877.873,59	0,00																																									
§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	162.485,49	0,00																																									
§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	0,00	0,00																																									
§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	1.825.048,91	0,00																																									
§1a – Bevölkerungsweite Testungen	7.531.303,60	24.330,00																																									
§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen	7.289.470,97	0,00																																									
§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00																																									
§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00																																									
§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	-135.930,02	0,00																																									
§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	0,00	0,00																																									
Summe	15.180.312,30	24.330,00																																									
Gesamt	15.204.642,30																																										

Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz 2024

2024 - gesamt Zweckzuschussgesetz

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2024 (Beträge in €)										
Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	-1.613,74	-169.010,89	0,00	0,00	325.908,57	-803.754,52	52.987,26	-2.097.566,20	323.109,28	-2.369.940,24
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	713.321,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	164.552,59	877.873,59
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15.412,68	0,00	147.072,81	162.485,49
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand izH mit §5 EpiG Untersuchungen	13.508,10	0,00	0,00	1.620.415,57	139.089,12	0,00	3.837,66	0,00	48.198,46	1.825.048,91
Testungen - gesamt	10.500,00	5.096.360,27	0,00	1.266.154,22	226.494,62	0,00	72.370,56	29.710,00	854.043,93	7.555.633,60
<u>davon:</u>										
§1a Z1 bevölkerungsweite Testungen: Kosten (ohne Überstunden und §1a Z2 bevölkerungsweite Testungen: zusätzliche Überstunden von §1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige	10.500,00	5.096.360,27	0,00	1.266.154,22	226.494,62	0,00	72.370,56	29.710,00	854.043,93	7.555.633,60
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Impfstellen - gesamt	5.912.575,07	23.355,81	0,00	354.567,18	4.590,00	13.988,61	205.177,97	-341.412,63	1.116.628,96	7.289.470,97
<u>davon:</u>										
§1b > §1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne §1b > §1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	5.912.575,07	23.355,81	0,00	354.567,18	4.590,00	13.988,61	205.177,97	-341.412,63	1.116.628,96	7.289.470,97
§1b > §1a Z5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiw	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1d COVID-19-Selbsttestst, Abgabe in Apotheken, KFA	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1e Mehraufwand Rettungsorganisationen	0,00	0,00	0,00	0,00	3.780,00	-27.115,02	0,00	-148.505,00	35.910,00	-135.930,02
§1f Ao. Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Zahlungen 2024	6.648.290,43	4.950.705,19	0,00	3.241.136,97	699.862,31	-816.880,93	349.786,13	-2.557.773,83	2.689.516,03	15.204.642,30

Titel	Impffinanzierungsgesetz (DB 24.01.01.00)											
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	10.000.000,00 € veranschlagt (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Zweckzuschussgesetz und Impffinanzierungsgesetz) 138.160,00 € im Jahr 2023 ausbezahlt											
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Schon bisher wurden die Länder durch die Leistung von Zweckzuschüssen nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz vom Bund in großem Umfang finanziell unterstützt. Aufgrund des Auslaufens des COVID-19-Zweckzuschussgesetz mit Ablauf des 30. Juni 2023 wurden mit dem Bundesgesetz über Zweckzuschüsse an Länder und Gemeinden für die Durchführung der Corona-Schutzimpfung (COVID-19-Impffinanzierungsgesetz) die Länder weiter bei der Abwicklung der Corona-Schutzimpfung durch Zweckzuschüsse unterstützt. Im Sinn einer kosteneffizienten Durchführung der Impfungen erfolgt ab dem 1. Juli 2023 der Ersatz der Aufwendungen mittels Fallpauschalen. Das gewährt den Ländern weitestgehende Flexibilität hinsichtlich der Auswahl der Durchführungsmöglichkeiten.</p> <p>Grundlage: COVID-19-Impffinanzierungsgesetz BGBl. I Nr. 69/2023</p>											
Materielle Auswirkungen	<p>Da es sich beim COVID-19-Impffinanzierungsgesetz um eine finanzausgleichsrechtliche Regelung handelt, beziehen sich die Kostenersätze lediglich auf COVID-19-Impfungen, die im Auftrag der Länder oder Gemeinden oder direkt von diesen durchgeführt werden.</p> <p>Der Bund leistet Zweckzuschüsse an die Länder und Gemeinden für die Durchführung der COVID-19-Impfungen in der Höhe von 20 € pro nachweislich verabreichter Impfung. Bisher wurde im Jahr 2024 vom Bund die Durchführung von 24.422 Impfungen finanziert.</p>											
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes gemäß Impffinanzierungsgesetz getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2024</td></tr><tr><td>Summe</td><td>488.440,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">488.440,00</td></tr></table>				Vormonate	Oktober 2024	Summe	488.440,00	0,00	Gesamt	488.440,00	
	Vormonate	Oktober 2024										
Summe	488.440,00	0,00										
Gesamt	488.440,00											

Titel	Tests in Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an <u>asymptomatischen Personen</u> gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)																		
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																		
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742a ASVG, 380a GSVG, 374a BSVG und 261a B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken (bzw. nach entsprechenden Novellen in weiterer Folge auch Ärzt:innen mit Hausapotheken und Vertragsärzt:innen im niedergelassenen Bereich, Vertragsgruppenpraxen und Vertragsambulatorien sowie nach der letzten Novelle seit September 2022 nur noch Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten und Vertragsambulatorien und das nur noch unter konkreten Voraussetzungen) berechtigt, COVID-19-Test durchzuführen.</p> <p>Für die Durchführung eines Tests bezahlt der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar iHv. 25 €, womit auch Material, Auswertung, Dokumentation und die Ausstellung eines Ergebnismachweises abgedeckt sind. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742a ASVG, § 380a GSVG, § 374a BSVG und § 261a B-KUVG</p>																		
Materielle Auswirkungen	<p>In Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an asymptomatischen Personen durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td rowspan="2">ÖGK</td><td>02/2021-03/2022</td><td rowspan="2">37.116.145</td></tr><tr><td>09/2022-06/2023</td></tr><tr><td rowspan="2">BVAEB</td><td>02/2021-03/2022</td><td rowspan="2">4.205.684</td></tr><tr><td>09/2022-06/2023</td></tr><tr><td rowspan="2">SVS</td><td>02/2021-03/2022</td><td rowspan="2">3.264.346</td></tr><tr><td>09/2022-06/2023</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>44.586.175</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	02/2021-03/2022	37.116.145	09/2022-06/2023	BVAEB	02/2021-03/2022	4.205.684	09/2022-06/2023	SVS	02/2021-03/2022	3.264.346	09/2022-06/2023	Gesamt		44.586.175
Träger	Zeitraum	Fallzahl																	
ÖGK	02/2021-03/2022	37.116.145																	
	09/2022-06/2023																		
BVAEB	02/2021-03/2022	4.205.684																	
	09/2022-06/2023																		
SVS	02/2021-03/2022	3.264.346																	
	09/2022-06/2023																		
Gesamt		44.586.175																	

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):	
	Vormonate	Oktober 2024
ÖGK	636.047,50	0,00
BVAEB	2.121,00	0,00
SVS	256.565,25	0,00
Summe	894.733,75	0,00
Gesamt	894.733,75	

Titel	Tests im niedergelassenen Bereich an <u>symptomatischen Patienten</u> gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742 ASVG, 380 GSVG, 374 BSVG und 261 B-KUVG sind die im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen sowie die selbständigen Vertragsambulatorien für Labormedizin für die Dauer der durch die WHO ausgerufenen COVID-19-Pandemie unter den in der entsprechenden Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genannten Voraussetzungen (BGBl. I Nr. 69/2023) berechtigt, COVID-19-Tests durchzuführen.</p> <p>Für das Material, die Probenentnahme, die Auswertung eines Antigentests und die dazugehörige Dokumentation hat der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar zu bezahlen. Die ausbezahlten Honorare werden dem Krankenversicherungsträger durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 31.03.2024 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742 ASVG</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2024</td><td>4.671.053</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2024</td><td>535.733</td></tr><tr><td>SVS</td><td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2024</td><td>300.837</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>5.507.623</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	4.671.053	BVAEB	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	535.733	SVS	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	300.837	Gesamt		5.507.623
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	4.671.053														
BVAEB	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	535.733														
SVS	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	300.837														
Gesamt		5.507.623														

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):	
	Vormonate	Oktober 2024
ÖGK	0,00	0,00
BVAEB	4.595.775,00	0,00
SVS	2.236.185,00	0,00
Summe	6.831.960,00	0,00
Gesamt	6.831.960,00	

Titel	Abgabe von Tests zur Eigenanwendung gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)																					
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																					
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken berechtigt, auf Rechnung des Krankenversicherungsträgers SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung an bezugsberechtigte Personen abzugeben. Der Krankenversicherungsträger hat pro abgegebener Packung (beinhaltet jeweils 5 Tests, von Juni bis Oktober 2021 jeweils 10 Tests, Beschaffung durch den Bund, Bedeckung durch DB 24.01.01) ein pauschales Honorar iHv. 10 € zu bezahlen. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Berichterstattung bezieht sich auf den Zeitraum von Einführung der Maßnahme im März 2021 bis Oktober 2021 (Auslaufen der Maßnahme), sowie auf den Zeitraum ab April 2022 (Wiedereinführung).</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG</p>																					
Materielle Auswirkungen	<p>Von Apotheken abgegebene und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests zur Eigenanwendung:</p> <table><tr><th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr><tr><td rowspan="2">ÖGK</td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>12.717.508</td></tr><tr><td>04/2022 - 06/2023</td><td>9.846.136</td></tr><tr><td rowspan="2">BVAEB</td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>1.603.217</td></tr><tr><td>04/2022 - 06/2023</td><td>1.447.716</td></tr><tr><td rowspan="2">SVS</td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>1.362.435</td></tr><tr><td>04/2022 - 05/2023</td><td>981.749</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>27.958.761</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	03/2021 - 10/2021	12.717.508	04/2022 - 06/2023	9.846.136	BVAEB	03/2021 - 10/2021	1.603.217	04/2022 - 06/2023	1.447.716	SVS	03/2021 - 10/2021	1.362.435	04/2022 - 05/2023	981.749	Gesamt		27.958.761
Träger	Zeitraum	Fallzahl																				
ÖGK	03/2021 - 10/2021	12.717.508																				
	04/2022 - 06/2023	9.846.136																				
BVAEB	03/2021 - 10/2021	1.603.217																				
	04/2022 - 06/2023	1.447.716																				
SVS	03/2021 - 10/2021	1.362.435																				
	04/2022 - 05/2023	981.749																				
Gesamt		27.958.761																				

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):	
	Vormonate	Oktober 2024
ÖGK	8.100,20	0,00
BVAEB	2.161,40	0,00
SVS	282,80	0,00
Summe	10.544,40	0,00
Gesamt	10.544,40	

Titel	Covid-19-Impfungen im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																			
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																			
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die im niedergelassenen Bereich tätigen Ärzt:innen, Gruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten sowie die selbstständigen Ambulatorien sind berechtigt, Impfungen gegen SARS-CoV-2 mit dem vom Bund zur Verfügung gestellten und finanzierten Impfstoff auf Rechnung der Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB) durchzuführen. Das durch Verordnung des BMSGPK festgelegte pauschalisierte Honorar in Höhe von 15 € (seit 01.07.2023; BGBl. I Nr. 69/2023) für die Durchführung der Impfung sowie für die jeweilige Dokumentation ist von dem jeweils zuständigen Krankenversicherungsträger zu bezahlen und durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Vor dem 01.07.2023 wurden die tatsächlich angefallenen Aufwendungen der Träger aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Die Maßnahme ist derzeit bis zum 31.03.2025 in Kraft.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 747 ASVG, § 384 GSVG, § 378 BSVG und § 263B-KUVG</p>																			
Materielle Auswirkungen	<p>Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Impfungen:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td><td>1.Qu.2021 – 1.Qu.2024</td><td>5.330.804</td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td>1.Qu.2021 – 1.Qu.2024</td><td>917.064</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td>1.Qu.2021 – 1.Qu.2024</td><td>804.825</td></tr> <tr> <td colspan="2">Gesamt</td><td>7.052.693</td></tr> </tbody> </table>		Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1.Qu.2021 – 1.Qu.2024	5.330.804	BVAEB	1.Qu.2021 – 1.Qu.2024	917.064	SVS	1.Qu.2021 – 1.Qu.2024	804.825	Gesamt		7.052.693			
Träger	Zeitraum	Fallzahl																		
ÖGK	1.Qu.2021 – 1.Qu.2024	5.330.804																		
BVAEB	1.Qu.2021 – 1.Qu.2024	917.064																		
SVS	1.Qu.2021 – 1.Qu.2024	804.825																		
Gesamt		7.052.693																		
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>Vormonate</th><th>Oktober 2024</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td>1.412.285,00</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td>1.255.335,00</td><td>11.470,00</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>2.667.620,00</td><td>11.470,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">2.679.090,00</td></tr> </tbody> </table>			Vormonate	Oktober 2024	ÖGK	0,00	0,00	BVAEB	1.412.285,00	0,00	SVS	1.255.335,00	11.470,00	Summe	2.667.620,00	11.470,00	Gesamt	2.679.090,00	
	Vormonate	Oktober 2024																		
ÖGK	0,00	0,00																		
BVAEB	1.412.285,00	0,00																		
SVS	1.255.335,00	11.470,00																		
Summe	2.667.620,00	11.470,00																		
Gesamt	2.679.090,00																			

Titel	Honorar Ausdruck Impfpass/Impfzertifikat (DB 24.02.03.00)																		
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																		
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 747 (2b) ASVG, 384 (2a) GSVG, 378 (2a) BSVG und 263 (2a) B-KUVG ist vorgesehen, dass die zuständigen Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB,) den im niedergelassenen Bereich tätigen Ärztinnen und Ärzten, den Gruppenpraxen, den Primärversorgungseinheiten, den selbständigen Ambulatorien (Leistungserbringer:innen) und den öffentlichen Apotheken unter bestimmten Voraussetzungen für Ausdrücke aus dem Elektronischen Impfpass bzw. Ausstellungen eines Impfzertifikats nach § 4e Abs. 4 Epidemiegesetz 1950 ein Honorar von 3 € bezahlen. Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.																		
Materielle Auswirkungen	<p>Bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes erstattete Ausdrücke aus dem e-Impfpass/Impfzertifikate:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023</td><td>4.563.891</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023</td><td>569.696</td></tr><tr><td>SVS</td><td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023</td><td>474.314</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">5.607.901</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023	4.563.891	BVAEB	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023	569.696	SVS	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023	474.314	Gesamt	5.607.901				
Träger	Zeitraum	Fallzahl																	
ÖGK	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023	4.563.891																	
BVAEB	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023	569.696																	
SVS	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023	474.314																	
Gesamt	5.607.901																		
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2024</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>300,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>195.783,00</td><td>120,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>196.083,00</td><td>120,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">196.203,00</td></tr></table>		Vormonate	Oktober 2024	ÖGK	0,00	0,00	BVAEB	300,00	0,00	SVS	195.783,00	120,00	Summe	196.083,00	120,00	Gesamt	196.203,00	
	Vormonate	Oktober 2024																	
ÖGK	0,00	0,00																	
BVAEB	300,00	0,00																	
SVS	195.783,00	120,00																	
Summe	196.083,00	120,00																	
Gesamt	196.203,00																		

Titel	Elektronischer Impfpass Software Implementierung (DB 24.02.03.00)											
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)											
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Um die Erfassung der durchgeführten Impfungen im Elektronischen Impfpass nutzerfreundlich zu gestalten und dabei auf breite Mitwirkung der Ärzteschaft zu setzen, mussten die unterschiedlichen, bereits bestehenden Softwaresysteme im niedergelassenen Bereich entsprechend adaptiert werden. Die Kosten für die Softwareimplementierung werden vom Bund übernommen.</p> <p>Jene Ärztinnen und Ärzte, Gruppenpraxen, selbstständigen Ambulatorien, die in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger stehen, sowie Primärversorgungseinheiten und öffentliche Apotheken erhalten die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten, die für die Implementierung der für den Elektronischen Impfpass notwendigen Software sowie die Anschaffung eines Scanners angefallen sind, gegen entsprechenden Nachweis durch die Österreichische Gesundheitskasse ersetzt.</p> <p>Dies gilt auch für jene Wahlärztinnen und Wahlärzte bzw. Wahl-Gruppenpraxen, die am 31. Dezember 2020 an das e-card-System angebunden waren. Die ersetzbaren Kosten sind mit maximal 1.300 € begrenzt.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 748 ASVG</p>											
Materielle Auswirkungen	Refundierte Softwareimplementierungen: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1. Qu.2021 - 4.Qu. 2023</td><td>5.610</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>5.610</td></tr></table>			Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1. Qu.2021 - 4.Qu. 2023	5.610	Gesamt		5.610
Träger	Zeitraum	Fallzahl										
ÖGK	1. Qu.2021 - 4.Qu. 2023	5.610										
Gesamt		5.610										
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2024 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2024</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>90.913,09</td><td>82.664,02</td></tr><tr><td>Summe</td><td colspan="2">173.577,11</td></tr></table>				Vormonate	Oktober 2024	ÖGK	90.913,09	82.664,02	Summe	173.577,11	
	Vormonate	Oktober 2024										
ÖGK	90.913,09	82.664,02										
Summe	173.577,11											

Titel	Beschaffung von Schutzausrüstung gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gem. § 741 ASVG ist die ÖGK für die Dauer der COVID-19-Pandemie verpflichtet, für die Leistungserbringung diverser Berufsgruppen im Gesundheits- und Pflegebereich die zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung notwendigen Produkte zu beschaffen und diese den jeweiligen gesetzlichen bzw. beruflichen Interessenvertretungen zur Verteilung zur Verfügung zu stellen. Der Bund hat der Österreichischen Gesundheitskasse die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten für die beschafften Produkte sowie die Kosten für die notwendige Logistik und Lagerhaltung aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 741 ASVG</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Von der ÖGK wurde im November und Dezember 2020 Schutzausrüstung im Wert von 4,1 Mio. € beschafft, darunter</p> <ul style="list-style-type: none"> • 4,6 Mio. Atemschutzmasken, • 2,5 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,08 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 17,3 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 0,3 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,008 Mio. Hygiene-Schutzsets. <p>Von Jänner bis Dezember 2021 wurde beschafft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 25,9 Mio. Atemschutzmasken, • 26,8 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,4 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 9,0 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 187 Mio. Untersuchungshandschuhe, • 1,0 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,4 Mio. Hygiene-Schutzsets.

Materielle Auswirkungen	<p>Von Jänner bis Dezember 2022 wurde beschafft:</p> <ul style="list-style-type: none">• 9,2 Mio. Atemschutzmasken,• 39.000 Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben),• 59 Mio. Untersuchungshandschuhe,• 130.000 Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände). <p>Von Jänner bis Juni 2023 wurde beschafft:</p> <ul style="list-style-type: none">• 3 Mio. Atemschutzmasken,• 1.500 Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls,• 19.000 Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben),• 28,3 Mio. Untersuchungshandschuhe,• 31.930 Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände).									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2024 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2024</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>36.726,30</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">36.726,30</td></tr></table>		Vormonate	Oktober 2024	ÖGK	36.726,30	0,00	Gesamt	36.726,30	
	Vormonate	Oktober 2024								
ÖGK	36.726,30	0,00								
Gesamt	36.726,30									

Titel	COVID-19 Arzneimittel, Beratung im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																		
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																		
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG hat der Krankenversicherungsträger den im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärztinnen und Vertragsärzten, Vertragsgruppenpraxen sowie Primärversorgungseinheiten für jede Beratung einer in der Krankenversicherung anspruchsberechtigten Person im Zusammenhang mit einem Heilmittel zur Behandlung von COVID-19 ein pauschales Honorar in Höhe von zwölf Euro zu bezahlen. Der Bund hat der Versicherungsanstalt die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG</p>																		
Materielle Auswirkungen	<p>Von Vertragspartnern durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Beratungsgespräche:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>09/2022 – 06/2023</td><td>436.314</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>09/2022 - 06/2023</td><td>51.534</td></tr><tr><td>SVS</td><td>09/2022 - 06/2023</td><td>27.628</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>515.476</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	09/2022 – 06/2023	436.314	BVAEB	09/2022 - 06/2023	51.534	SVS	09/2022 - 06/2023	27.628	Gesamt		515.476			
Träger	Zeitraum	Fallzahl																	
ÖGK	09/2022 – 06/2023	436.314																	
BVAEB	09/2022 - 06/2023	51.534																	
SVS	09/2022 - 06/2023	27.628																	
Gesamt		515.476																	
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2024</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1.131.903,36</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>808,02</td><td>0,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>795,96</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>1.133.507,34</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">1.133.507,34</td></tr></table>		Vormonate	Oktober 2024	ÖGK	1.131.903,36	0,00	BVAEB	808,02	0,00	SVS	795,96	0,00	Summe	1.133.507,34	0,00	Gesamt	1.133.507,34	
	Vormonate	Oktober 2024																	
ÖGK	1.131.903,36	0,00																	
BVAEB	808,02	0,00																	
SVS	795,96	0,00																	
Summe	1.133.507,34	0,00																	
Gesamt	1.133.507,34																		

Titel	Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	48.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Österreich beteiligt sich am „Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement“ um COVID-19-Impfstoffe von verschiedenen Herstellern zu beschaffen.</p> <p>Grundlage: MRV 27/44 vom 29. Juli 2020 MRV 30/17 vom 15. September 2020 MRV 47/27 vom 9. Februar 2021 MRV 58/16 vom 5. Mai 2021 MRV 8/21 vom 2. März 2022</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr. 69/2023 sowie Bundesgesetz, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genehmigt wird</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Das COVID-19-Impfstoffportfolio besteht derzeit aus Impfstoffen von zwei verschiedenen Herstellern, wobei die Verträge sich in Stadien von bereits vollständig erfüllt bis laufenden Auslieferungen befinden.</p> <p>Bisher wurden rund 62,1 Mio. Impfstoffdosen von Österreich aus den bestehenden Verträgen abgerufen.</p> <p>Die EU hat Ende Mai 2023 in langwierigen Verhandlungen mit BioNTech-Pfizer erreicht, dass die Lieferverpflichtungen von 9,8 Mio. Impfdosen für 2023 um 4,9 Mio. reduziert wurden. Die restlichen Dosen wurden auf die Jahre 2023 (1,9 Mio.), 2024 (1,2 Mio.) und 2025 (1,8 Mio.) aufgeteilt.</p> <p>Nach Zulassung des BioNTech-Pfizer COVID-19-Impfstoffes auf die Variante JN.1. durch die Europäische Kommission am 03.07.2024 fand die Anlieferungen ab Juli 2024 durch den Hersteller statt.</p> <p>Mit 26.09.2024 wurde ein erneut auf die aktuellere Virusvariante KP.2. adaptierter Impfstoff des gleichen Impfstoffes zugelassen und ab Mitte Oktober 2024 nach Österreich geliefert.</p>

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2024 bis zum Monatsende des Berichts- Zeitraumes getätigt (Beträge in €):	
	Vormonate	Oktober 2024
	Summe	0,00
	Gesamt	8.725.633,11

Titel	Impfkampagne (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	48.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit den Corona Impfstoffen)
Beschreibung der Maßnahmen	Bis zum 30.06.2022 wurde die Impfkampagne des Bundes über die UG 10 finanziert und vom Bundeskanzleramt abgewickelt. Aufgrund interner Vereinbarungen wird die Impfkampagne des Bundes ab 01.07.2022 vom BMSGPK betreut und finanziert.
Materielle Auswirkungen	<p>Die Mittel des COVID 19-Fonds werden für eine umfassende Informationsinitiative der österreichischen Bundesregierung (in Abstimmung mit dem Roten Kreuz) zur Situation rund um das Corona-Virus (COVID-19) eingesetzt, die im März 2020 gestartet wurde. Erklärtes Ziel dieser Initiative war eine möglichst breitenwirksame und reichweitenstarke Kommunikation der von den Bürgerinnen und Bürgern zu setzenden Maßnahmen und der von ihnen einzuhaltenden Empfehlungen der Bundesregierung, um in Österreich eine Bewältigung der mit dem Virus verbundenen Krise erreichen zu können.</p> <p>Zur Erfüllung der genannten Ziele wurden tagesaktuelle Medien unterschiedlicher Art (Print,- Online-, audiovisuelle Medien etc.), ergänzt um Spezialmedien für einzelne relevante Zielgruppen-Segmente für Schaltungen genutzt. Die Planung der einzelnen Schaltungen hatte – jeweils in Abhängigkeit der sich aufgrund der schnellen Verbreitung des Virus laufend ändernden Situation – flexibel und stets auf Basis der in der konkreten Situation erforderlichen Inhalte zu erfolgen. Die Erarbeitung und Umsetzung der entsprechenden Schaltpläne, die rund um das Thema COVID ein laufendes Update der inhaltlichen Botschaften enthielten, erfolgte durch die Mediaagentur Wavemaker bzw. durch die Agentur MediaCom.</p> <p>Je nach Zielgruppe sind laufend unterschiedliche Aktivitäten in verschiedensten Medienformaten erfolgt (z.B. Print, Online, Social Media, TV, Radio etc.). Generell wurden drei „Hauptzielgruppen“ unterschieden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Österreichische Gesamtbevölkerung (Erw. 18+), breite Öffentlichkeit: Information über aktuelle Maßnahmen, Handlungsanweisungen und Aufruf zu verantwortungsvollem Handeln 2. Ältere Risikogruppe (Erw. 60+), Erwachsene ab ca. 60 Jahren: Maßnahmen zum Schutz vor Ansteckung und Vermittlung des insbesondere für sie bestehenden Risikos

	<p>3. Junge Erwachsene (Millenials 20 – 35 Jahre): Appell an die eigene Verantwortung und Unterstützung der Mitmenschen und Maßnahmen</p> <p>Die vom BMSGPK finanzierte und betreute Kampagne wurde im Zeitraum von 01. Juli 2022 bis 15. Jänner 2023 geschalten.</p>									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes rücküberwiesen (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2024</td></tr><tr><td>Summe</td><td>-2.381,94</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">-2.381,94</td></tr></table> <p>Bei der Rücküberweisung handelt es sich um eine Gutschrift der ausführenden Agentur.</p>		Vormonate	Oktober 2024	Summe	-2.381,94	0,00	Gesamt	-2.381,94	
	Vormonate	Oktober 2024								
Summe	-2.381,94	0,00								
Gesamt	-2.381,94									

Titel	Impfstofflogistik (DB 24.03.01.00)									
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	48.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)									
Beschreibung der Maßnahmen	Übernahme, Lagerung und Verteilung von COVID-19 Impfstoffen. Die Beauftragung erfolgte an den österreichischen Pharmagroßhandel. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr.69/2023									
Materielle Auswirkungen	Eine erste Beauftragung über die Impfstofflogistik von 6,1 Mio. Dosen wurde über 8,5 Mio. € erteilt. Eine Folgebeauftragung über 23,75 Mio. € im Wege der BBG wurde im Dezember 2021 durchgeführt. Ab dem 01.01.2023 steht eine weitere Folgebeauftragung mit einer Laufzeit bis 31. Mai 2025 und einem Höchstvolumen von 70 Mio. Dosen und maximal Kosten iHv. 36,2 Mio € in Kraft. Es besteht keine Verpflichtung zum tatsächlichen Abruf. Für die ordnungs- und gesetzmäßige Entsorgung wird der Logistikpartner beauftragt, der über Entsorgungsfirmen (Subunternehmer) die sachgerechte Entsorgung organisieren. Das BMSGPK erhält in weiterer Folge Zertifikate, dass die Impfstoffe ordnungsgemäß vom Entsorgungsunternehmen übernommen und vernichtet wurden. Die Entsorgungskosten der Impfstoffe für den Berichtszeitraum betragen rd. 2,070 Mio. €. Die restlichen rd. 0,420 Mio. € wurden für Impfstofflogistikkosten ausbezahlt.									
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2024</td></tr><tr><td>Summe</td><td>2.490.381,68</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">2.490.381,68</td></tr></table>		Vormonate	Oktober 2024	Summe	2.490.381,68	0,00	Gesamt	2.490.381,68	
	Vormonate	Oktober 2024								
Summe	2.490.381,68	0,00								
Gesamt	2.490.381,68									

Titel	Beschaffung von COVID-19-Arzneimitteln (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2024 (Bedeckung erfolgt aus Mitteln für Impfstoffe)										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Um den höchstmöglichen Schutz erkrankter Personen zur Verhinderung von schweren Krankheitsverläufen zu gewährleisten, war die Beschaffung von Arzneimitteln gegen Covid-19 als Prophylaxe oder Therapie erforderlich, um dem österreichischen Gesundheitssystem ausreichend COVID-19-Medikation zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr.69/2023</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Die Beschaffung von folgenden Medikamenten ist vorgesehen bzw. wurde bereits abgeschlossen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dosen Paxlovid (Pfizer) • Dosen Lagevrio (MSD) • Dosen Xevudy (GSK) • Dosen Regkirona (Celltrion) • Dosen Evusheld (Astra Zeneca) • Dosen Ronapreve (Roche) <p>Es wurden dazu mehrere bilaterale Verträge zwischen Unternehmen und dem BMSGPK zum Kauf von mehreren hunderttausend Therapiezyklen abgeschlossen. Die konkrete Beschaffung belief sich auf insgesamt 425.250 Therapiezyklen.</p> <p>Aufgrund der Entwicklung der Infektionslage im Herbst 2023 und dem somit zu erwartenden Bedarf an COVID-19 Arzneimitteln im Dezember 2023 und Jänner 2024 hat des BMSGPK zur Versorgung der Bevölkerung mit Pfizer einen Rahmenvertrag zur Beschaffung von bis zu 18.300 Packungen Paxlovid (Paxlovid 150 mg + 100 mg Filmtabletten, PF-07321332 + Ritonavir) abgeschlossen. Von diesem Rahmenvertrag, der per 31.01.2024 endete, wurden insgesamt 17.758 Packungen abgerufen.</p>										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2024 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <tr> <td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2024</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>12.989.245,50</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">12.989.245,50</td></tr> </table>			Vormonate	Oktober 2024	Summe	12.989.245,50	0,00	Gesamt	12.989.245,50	
	Vormonate	Oktober 2024									
Summe	12.989.245,50	0,00									
Gesamt	12.989.245,50										

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Stubenring 1, 1010 Wien

Telefon: +43 1 711 00 – 0

Fax: +43 1 7158258

E-Mail: post@sozialministerium.at

www.sozialministerium.at

